

Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **14. Januar 2020** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **19.45** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Tobias Zorn (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger**
Rechnungsamtsleiter Axel Grether

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **02.01.2020** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **09.01.2020** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Anfrage der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom
16.09.2019
Planungsrechtliche Strategien zu neuem Wohnen in
Neureut
Hier: Stellungnahme zum Antrag**

Für die antragstellende SPD-Ortschaftsratsfraktion erinnert **Vorsitzende Barbara Rohrhuber** daran, dass ihnen der frühere SPD-Ortschaftsrat Jürgen Marin das Thema mit auf den Weg gegeben habe. Man wolle die kommenden Bebauungsplanverfahren aktiv aus dem Ortschaftsrat mitangehen. So existieren Ideen, die man bereits teilweise aus dem Rahmenplan für Zentrum III habe, die sich aber nun aufgrund der klimatischen Besonderheiten oder Schutzbedürfnisse verändern bzw. ergeben, – dies wolle man miteinbringen – wohlwissend, dass der Bebauungsplan vom Stadtplanungsamt erarbeitet werde. Dennoch sollte sich der Ortschaftsrat darauf gut vorbereiten, wünscht sie. Zudem gehe es auch darum, dass der Ortschaftsrat sowie die Öffentlichkeit gut informiert werden.

In dem Antrag wird die Verwaltung beauftragt, übergreifende planungsrechtliche Strategien und Fragestellungen hinsichtlich der im Flächennutzungsplan 2030 vorgesehenen Baugebiete in Neureut zunächst im Ortschaftsrat zu diskutieren und im Benehmen mit den städtischen Ämtern abzustimmen, soweit sachdienlich auch in umgekehrter Reihenfolge.

Exemplarisch führt Barbara Rohrhuber dazu einige Bereiche an, die im Ortschaftsrat bzw. im Ausschuss für Planungs- und Bauprojekte, diskutiert werden sollten. So beispielsweise ein prognostischer Überblick über die Realisierungsabsichten hinsichtlich der Bebauungsplangebiete, Sicherheit der sozialen Durchmischung, Verkehrsanbindung an den ÖPNV, Fahrradwege, Mobilitätsstationen für Lastenräder, Carsharing, Verzicht auf Erschließungsstraßen innerhalb von Neubaugebieten, aber auch Bereiche wie konzeptionelle Überlegungen von ressourcenschonender energetischer Versorgung hinsichtlich Heizen und Kühlen, Dachbegrünung bei als Flach- oder Pultdach ausgebildeten Dächern zur Regenwasserrückhaltung, Fassadenbegrünung, Baumstandorte, Verbot von Steingärten etc..

Ein Schwerpunkt des Antrags liege auf ökologischen, klima- und ressourcenschonenden Aspekten, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, verdeutlicht Rohrhuber.

Nun gebe es ja bereits eine positive Antwort von der Leiterin des Stadtplanungsamtes. Diese möchte mit dem Ortschaftsrat darüber sprechen, so die SPD-Politikerin abschließend.

Der Vorsitzende zitiert im Anschluss das Antwortschreiben des Stadtplanungsamtes von dessen Leiterin Prof. Dr. Anke Karmann-Woessner. Danach nehme die Verwaltung die exemplarischen Anregungen der SPD-Ortschaftsratsfraktion positiv zur Kenntnis. „Die genannten Anregungen und Themen werden derzeit auch innerhalb der Verwaltung bei allen Planungen und Bebauungsplanverfahren intensiv diskutiert und weitest möglich beachtet. Aktuell werden diese Punkte im Rahmen der Planungen zum Baugebiet „Zukunft Nord“ sehr intensiv und ausführlich, sowie modellhaft für Karlsruhe betrachtet und eingearbeitet. Dies ist ebenso für die künftigen Baugebiete in Neureut geplant“, heißt es in dem Schreiben und weiter: „Im Zuge der Überarbeitung des Rahmenplans „Neureut-Zentrum III“ - auf Grundlage des Wettbewerbsergebnisses - möchten wir diese Themen dem Ortschaftsrat anhand eines konkreten Beispiels erläutern

Gerne stellen wir Ihnen im Ortschaftsrat (nach Abstimmung mit den städtischen Ämtern) im Frühjahr 2020 die Überarbeitung des Rahmenplanes, sowie das weitere Vorgehen hierzu vor. In diesem Rahmen können wir dann direkt und persönlich auf Fragen und einzelne Punkte Ihrer Anregungen eingehen“.

In der sich anschließenden Diskussion begrüßt **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast** den Vorschlag der SPD-Ortschaftsratsfraktion sehr, vor allem auch unter dem Aspekt, dass in Kirchfeld Nord gebaut wurde, ohne diese Punkte zu beachten.

Man finde den Vorschlag aus der Mitte der SPD gut und auch, dass das Stadtplanungsamt dies in seinen Überlegungen miteinbeziehe. Es sei der richtige Weg und man sei gespannt, was Frau Karmann-Woessner vorstellen werde.

Ortschaftsrat Claudius Kirchenbauer erklärt für seine Fraktion, sie stehe dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüber. Es sei wichtig, dass der Ortschaftsrat frühzeitig in die Ausweisung neuer Baugebiete eingebunden werde. Der SPD-Antrag sei sehr umfangreich und viele Punkte exemplarisch aufgeführt. Dabei sei viel zu diskutieren, denn das ein oder andere gehe seiner Fraktion restriktiv etwas zu weit. Die grundsätzliche Marschrichtung stimme natürlich, so Kirchenbauer.

Grundsätzlich könne seine Fraktion den Anregungen folgen, unterstreicht ebenfalls **Vorsitzender Ole Reher**, würde sich aber für die Zukunft eine interfraktionelle Zusammenarbeit bei diesem für Neureut so wichtigen Thema wünschen. Sonst befürchte er, dass immer wieder eine Art „Wettbewerb“ entstehen könnte, welche Partei hier zuerst Ideen auf den Markt bringe! Ähnlich wie die CDU habe auch er den Eindruck, dass es schon viele Anregungen waren, die die Fachämter zu prüfen und zu bearbeiten haben. Es sei eine große, auch zeitaufwendige Aufgabe, die für die Fachämter nicht ganz einfach zu bewältigen sei.

Insgesamt finde seine Fraktion dennoch die Anregungen sehr gut und: Es seien sehr wichtige Punkte für Neureut, so Fraktionsvorsitzender Reher.

Es ginge nicht darum, die SPD in den Vordergrund zu bringen, erklärt **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** hierzu, sondern man habe den Antrag als „Diskussionsgrundlage“ in den Raum gestellt.

Man freue sich, so der Ortsvorsteher, sobald als möglich die Ergebnisse vom Rahmenplan Zentrum III in Erfahrung zu bringen, insbesondere die Planung eines neuen Hallenbades auf dieser Fläche. Weiter sei interessant zu erfahren, inwieweit die Einwendungen des Ortschaftsrates bezüglich der Dichte in der neuen Planung verwirklicht werden konnte und weitere Aspekte.

Es stehen noch viele, viele spannende Themen bevor, so der Vorsitzende abschließend.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Antwort des Stadtplanungsamtes zustimmend zur Kenntnis und erklärt sich mit dem Prozedere einverstanden.

Zu Punkt 2 der T.O.: Freilaufflächen für Hunde – Anfrage des Bürgerverein Neureut-Heide Meinungsbildung

Eingangs weist der Vorsitzende darauf hin, dass es sich um ein Thema handle, das nicht aus den Reihen des Ortschaftsrats komme, sondern vom Bürgerverein Heide.

Denn am 06. Februar 2020 findet das routinemäßige Jahresgespräch der Ortsverwaltung mit dem Bürgerverein Neureut Heide statt und dieses Thema solle

dabei behandelt werden. Deshalb sei im Vorfeld die Anfrage des Bürgervereins eingereicht worden. Nach Ansicht des Bürgervereins sei es ein Thema, das zwischenzeitlich immer mehr relevant werde, die Möglichkeit für Freilaufflächen für Hunde in der Heide. Denn durch die Ausweisung der „Toskana“ als flächenhaftes Naturdenkmal und die rechtliche Situation am Heidesee fallen für Hundebesitzer Flächen fort, an denen sie bisher ihre Hunde frei laufen lassen konnten. Dieses „Gewohnheitsrecht“ ist sehr schwer abzustellen, wenn wir nicht andere Flächen zur Verfügung stellen können“, meint der Bürgerverein Heide.

In der Diskussion zitiert der Vorsitzende auch die Stellungnahme des städtischen Zentralen Juristischen Dienstes, der erläuterte: „Wir halten es ebenfalls für sehr wichtig, dass den Hundebesitzern mit Blick auf die (bestehenden und kommenden) Einschränkungen legale Alternativflächen angeboten werden, allerdings kann die Naturschutzverwaltung selbst keine Hundeauslaufflächen planen. Daher wird es für sinnvoll erachtet, mit dem Gartenbauamt, welches die bestehenden Hundeauslaufflächen in der Stadt federführend betreut, Kontakt aufzunehmen.

Selbstverständlich bringt sich die Naturschutzverwaltung bei der Bewertung der fachlichen Geeignetheit von Flächen mit ein, weswegen man den Umwelt- und Arbeitsschutz dann in die Flächensuche miteinbeziehen sollte“.

Und auch die Stellungnahme des Bauamtes Neureut gibt der Vorsitzende bekannt, wonach Grundvoraussetzung für die Schaffung einer Hundeauslauffläche eine entsprechend große Fläche im Eigentum der Stadt/Ortsverwaltung sei, die nicht anderweitig bzw. landwirtschaftlich genutzt werde. Zudem sollte ein öffentlicher Parkplatz in der Nähe dieser Fläche vorhanden sein, da zu erwarten ist, dass auch auswärtige Hundebesitzer zusätzlich kommen werden.

Diese Flächen müssen durch die Mitarbeiter der Gartenbauabteilung regelmäßig gepflegt, gereinigt und unterhalten werden. Ein entsprechender Mehraufwand zur Beseitigung von Hundekotbeuteln und zur Leerung von Abfallbehältnissen ist zu erwarten.

Bei entsprechend geeigneten Flächen müssen diese gekennzeichnet und entsprechend abgegrenzt werden.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht meint, dies sei ein sehr großes Anliegen und zeigt sich froh darüber, dass das Thema vom Bürgerverein Heide in die Ortsverwaltung hereingebracht wurde.

Bereits vor längerer Zeit habe sie ebenso das Thema an die Ortsverwaltung herangetragen, weil sie es auch für Kirchfeld und Kirchfeld Nord als notwendig angesehen habe, eine solche Chance ins Leben zu rufen. Hierfür werde es auch von der CDU einen entsprechenden Antrag geben, der bereits der Ortsverwaltung vorliege, informierte sie. Es sei eine wichtige Aufgabe, denn man mache immer mehr den öffentlichen Bereich zu. Die Hundebesitzer haben immer mehr Probleme, dass sie ihre Hunde nicht mehr frei laufen lassen können. Hier sollte eine große Chance entstehen, dass die Hundebesitzer eine Möglichkeit haben, ihre Hunde frei laufen zu lassen, ohne andere Verkehrsteilnehmer, wie Fußgänger, Radfahrer etc., zu behindern. Wenn man solche Flächen habe, gebe es die Chance, dass jeder seinen Bereich frei nutzen könne und keiner gefährdet sei. Deshalb gebe es seitens der CDU eine Befürwortung.

Auch sie finden es wichtig, dass man Hundebesitzern in Neureut die Möglichkeit gebe, so **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast**, ihre Hunde frei laufen lassen zu können. Die Anfrage des Bürgervereins hier in Neureut dafür Flächen zu suchen, finde er gut.

Er weist darauf hin, dass es in Karlsruhe dafür bereits viele Flächen gebe. Dennoch machte er am Beispiel der Erzbergerstraße, wo sich die Fläche zwischen Straßenbahn und Fahrbahnen befinde, deutlich, dass bei der Auswahl auf die Eignung der Fläche für diesen Zweck geachtet werden müsse. Hinsichtlich des Vorschlages, dass sich ein öffentlicher Parkplatz in der Nähe der Freilauffläche befinden solle, hinterfragte er kritisch, ob es nötig sei, für auswärtige Hundebesitzer hierfür Flächen in Neureut zur Verfügung zu stellen.

Man sei in Neureut mit öffentlichen Freilaufflächen unterversorgt, deshalb finde sie die Anfrage des Bürgervereins grundsätzlich gut, unterstreicht auch **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**, es gebe geduldete Freilaufflächen von Landwirt Stober.

Sie führt in diesem Zusammenhang auch die Polizeiverordnung an, aus der hervorgehe, dass es keinen generellen Leinenzwang gebe. In der Verordnung werden auch die Bereiche aufgeführt, in denen ein Leinenzwang bestehe. Auch haben beispielsweise Personen, die einen Hund führen, ihn von Spielplätzen fern zu halten.

Zudem sind Hunde nach der Verordnung in folgenden Bereichen sicher an der Leine zu führen: In Fußgängerzonen, Fußgängerunterführungen sowie in

verkehrsberuhigten Bereichen, in öffentlichen Anlagen mit Ausnahme gesondert ausgewiesener Hundeauslaufflächen unter Beachtung von Abs. 7, in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie an Haltestellen der öffentlichen Verkehrsbetriebe einschließlich deren Zu- und Abgänge, 4. in Schulhöfen, in Außenanlagen von Kindergärten sowie auf öffentlichen Gehwegen vor diesen Einrichtungen, 5. in Treppenhäusern und sonstigen gemeinsam genutzten Räumen und Zugängen von Mehrfamilienhäusern oder sonstigen Gebäuden mit öffentlichem Besucherverkehr, bei öffentlichen Menschenansammlungen, Aufzügen, Volksfesten und sonstigen Veranstaltungen mit Menschenansammlungen.

Sie freue sich, so Barbara Rohrhuber, wenn Neureut eine öffentliche Freilauffläche erhalte.

Vorsitzender Ole Reher begrüßt für seine Fraktion die Suche nach Freilaufflächen in Neureut und dass sich die Verwaltung der Sache annehme. Der Ortschaftsrat habe um Naturdenkmalflächen gekämpft und diese erreicht. Dennoch solle man künftig beachten, dass wenn Flächen aufgegeben werden, z.B. für Naturschutz, Radfahrer etc., dann auch ein neuer Bedarf entstehe – dies sei so im Vorfeld nicht bewusst gewesen.

Für ein Areal solle man auch über eingezäunte Flächen nachdenken, macht für die **AfD Ortschaftsrat Rouven Stolz** den Vorschlag, damit es nicht zu Problemen mit Joggern, Radfahrern und anderen komme. Dies könne auch ein natürlicher Zaun sein.

Zudem weist Stolz noch auf eventuelle Lärmbelästigungen für die Anwohnenden durch Hundebesitzer, die von außerhalb mit dem Auto kommen, hin. Um die Verwaltung zu entlasten, schlägt er Freiwillige vor, die sich um Hundekotbeutel usw. kümmern könnten.

Auch **Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht** kann sich eine naturbelassene Umzäunung mit übereinandergelegten Ästen vorstellen.

Auf die spezifische Situation in der Heide mit Drachenwiese, See usw. weist der Vorsitzende auf eine Anfrage von **CDU-Ortschaftsrat Sebastian Kreuter** hin. Dieser fragt nach, ob es eventuell Erhebungen in anderen Stadtteilen mit Freilaufflächen wegen des befürchteten Aufkommens von Müll, Hundebesitzer die von außerhalb kommen, etc. gebe.

Man könne die anderen Gegebenheiten aus anderen Stadtteilen, für die es keine Erhebungen gibt, nicht mit der Situation in der Heide vergleichen, antwortet der Vorsitzende. Aus der Polizeiverordnung entstehe automatisch auf einer ausgewiesenen Fläche die Verpflichtung für den Hundebesitzer, dass der Hundekot von ihm entfernt werden müsse, erläutert er zudem.

Man müsse sich bewusst sein, so der Vorsitzende im Hinblick auf die Ausführungen von Fraktionsvorsitzender Barbara Rohrhuber, dass die Polizeiverordnung das Ganze ja bereits regle! Es gebe keinen generellen Leinenzwang in Karlsruhe. Es existieren Flächen in freier Natur, im ganzen Tiefgestade, außer im Naturschutzgebiet Altrhein, wo man seinen Hund frei laufen lassen dürfe. Auch beim Grünzug zwischen Nordweststadt und Neureut gebe es keinen Leinenzwang, immer unter der Voraussetzung, dass der Hundebesitzer Herr der Lage sei.

Mit dieser Maßnahme sei dem Bürgerverein Heide daran gelegen, den Heidesee weiter zu schützen, präzisiert er. Auch die ruhesuchenden Bürgerinnen und Bürger sollten so vor Störung durch manche Hunde geschützt werden, so die Intention.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat steht grundsätzlich positiv der Anfrage der Bürgervereins Neureut Heide bezüglich der Suche nach Freilaufflächen für Hunde in Neureut gegenüber. Gleichzeitig beauftragt das Gremium die Ortsverwaltung damit, entsprechende Flächen auszusuchen und Regularien dafür zu treffen, wie beispielsweise eine naturbelassene Einzäunung.

Zu Punkt 3 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

Diese erfolgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Zu Punkt 5 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

5.1

Ortschaftsrat Marcus Hillmer weist abermals auf Ruhestörungen und Verunreinigungen in den Parkanlagen im Bereich des Alten Bahnhofs/Brunnen hin. Gibt es dazu neue Informationen vom Ordnungsamt?

Antwort:

Nachfassen beim Ordnungsamt zugesagt. Es wird jedoch nochmals auf die fehlenden Kontrollmöglichkeiten – auch vor Ort - hingewiesen. Man werde Mitarbeiter des Neureuter Bauamtes schicken, um die Verunreinigungen zu entfernen.

In diesem Zusammenhang präzisiert Ortschaftsrat Dieter König, es gehe vor allem um Ruhestörung. Nach dem letzten Polizeibericht im Ortschaftsrat wollte auch die Polizei ein Augenmerk auf diesen Bereich haben.

5.2

Ortschaftsrat Thomas Metzger fragt wegen Reparatur des defekten Schaukastens des Bürgervereins Heide nach?

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

5.3

Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis erkundigt sich hinsichtlich eines Meinungsbildes, ob es nach dem Aufruf des Ortschaftsrates in den „Neureuter Nachrichten“ gelungen sei, die Sylvesterböllerei einzudämmen?

Antwort:

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es sich um eine hervorragende Aktion des Ortschaftsrates gehandelt habe, die einen gewissen moralischen Effekt gehabt habe. Das generelle Verhalten werde sich voraussichtlich erst im Laufe der Jahre ändern. In einzelnen Neureuter Bereichen sei nach Auffassung der Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte etwas weniger geschossen worden, dies könne aber auch Zufall sein.

Bei der Abfrage ist die zunehmende Vermüllung an Sylvester in öffentlichen Bereichen ebenso angesprochen worden, wie bereits im vergangenen Jahr auf das schwierige Durchfahren des Busses an Mitternacht in Kirchfeld hingewiesen worden

war, das auch in diesem Jahr chaotisch gewesen sei. Dies könne anhand eines Videos gezeigt werden.

5.4

Fraktionsvorsitzender Hubert Kast informiert über zunehmenden Lieferverkehr im Bereich der Fußgängerzone Neureuter Platz/Bärenweg durch Kurierdienste etc..

Ist es möglich, diesen Bereich zu verschließen?

Antwort:

Es ist verboten, diese Zone zu befahren, die offizielle Anlieferung erfolge über den Innenhof. Es wurde jahrelang versucht, dies durch Absperrpfosten zu regeln, dies fiel allerdings Gewalt und Sachbeschädigung zum Opfer. Es bleibt nur, entsprechende KFZ-Kennzeichen zu notieren mit Uhrzeit etc. und dies der Polizei zu melden.

In diesem Zusammenhang informiert der Vorsitzende, dass die Abrissarbeiten für das Edeka – Gebäude in Kürze beginnen werden. Es finde am 30. Januar noch ein Vorort-Termin mit abschließender Besprechung statt, wie die Arbeiten koordiniert werden, welche Beeinträchtigungen es dabei gebe etc.. Wenn die Baumaßnahme beendet sei, könne man sich nochmals über Absicherungen im oben angeführten Bereich unterhalten.

Weiter gibt der Vorsitzende bekannt, dass während der Bauarbeiten der Wochenmarkt nicht nur freitags stattfindet, sondern als Ausgleich versucht werde, einen weiteren Tag Wochenmarkt anzubieten.

5.5

Ortschaftsrätin Siglinde Andor

a)

möchte den Sachstand wegen der Sperrung der Alten Bahnlinie für die Krötenwanderung erfahren.

b)

Die Seitenflächen der Parkbuchten im Bereich Lavendelweg/ Am Wald seien regelmäßig zugestellt. Können dagegen event. „Bügel“ installiert werden?

Antworten:

zu a)

Hauptamtsleiter Thomas Jäger erläutert die Thematik: Es hat einen Vorort-Termin mit Tiefbau und Umwelt- und Arbeitsschutz gegeben. Es wird aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich sein, zur Krötenwanderung Ende Februar eine Schrankenanlage

zu installieren. Das Umweltamt habe sich zeitlich verkalkuliert. Als "Sofortmaßnahme" sei eine Krötensperre/-zaun vorgeschlagen worden, weil bauliche Maßnahmen in der Kürze der Zeit nicht umsetzbar seien. Das beim Termin ebenfalls anwesende Tiefbauamt bevorzuge eine zweigeteilte Schranke, die manuell jeweils zur Absperrung bedient werden könnte – jedoch erst, wenn das Umweltamt die Kostensituation geklärt habe. Dazu wird das Prozedere erläutert (Ausschreibung, Installation usw.)– wenn alles optimal laufe, werde es Herbst werden, um für die Krötenwanderung 2021 gewappnet zu sein. Jetzt liege es am Umweltamt, welche Ersatzmaßnahmen es in der Zwischenzeit umsetze.

Die generelle Straßensperrung scheidet aus – diese habe das Regierungspräsidium im vergangenen Jahr abgelehnt, weil sich ein Bürger dagegen zur Wehr gesetzt und Recht bekommen habe.

zu b)

Überprüfung zugesagt

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: